

Was kostet unsere Gesellschaft unser steigendes Lebensalter?

Ich bringe es auf den Punkt:

1. Die Bürger leben länger als erwartet
2. In Deutschland klafft eine Lücke von bis zu zwei Dritteln der Wirtschaftsleistung. Das entspricht 2245 Milliarden Euro

Diese Summe ergibt sich aus einer Berechnung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in einem Bericht des IWF zur Stabilität des Finanzsystems. Zwar bauen sich die Risiken nur langsam auf, aber „wenn sie nicht bald angegangen werden, können sie die Stabilität des gesamten Finanzsystems gefährden“, so der IWF.

Den Anstieg der Lebenserwartung haben die Prognostiker regelmäßig unterschätzt. Im Schnitt waren es drei Jahre. Dieser Rechenfehler ist von den IWF-Forschern korrigiert mit folgendem Ergebnis: Wenn jeder Deutsche im Jahr 2050 drei Jahre länger leben würde als heute, kämen auf den Staat zusätzliche Kosten in Höhe von zwei Dritteln der Wirtschaftsleistung zu. Damit stiege die Staatsverschuldung dramatisch. Bezogen auf das Bruttoinlandprodukt von 2010 käme man auf 2,245 Billionen Euro. Das entspräche einer Schuldenlast von mehr als 80% der Wirtschaftsleistung auf insgesamt 150 %. Boshaft formuliert wären das griechische Verhältnisse! Würden sich unter diesen Verhältnissen noch Anleger finden, die Deutschland Geld leihen? Kaum. Vielleicht ist das sogar das Szenarium für den gesamten europäischen Kontinent; denn der Geburtenrückgang ist in ganz Europa zu beobachten.

Dieser düsteren Prognose entspricht die Sorge um die Altersvorsorge, ein Problem in allen europäischen Ländern, besonders den Euroländern. Ursache für die Sorge ist der Zinsverfall besonders bei Staatsanleihen, bisher eine sichere Bank. Sie bieten nämlich nur noch 1% bei einer Inflation von 2%. Die gesetzliche Rentenversicherung muss dringend um eine private ergänzt werden, um Altersarmut zu mildern. Mit den bisherigen in Deutschland beliebten Lebensversicherungen lässt sich keine ausreichende Rendite mehr erwirtschaften. Selbst die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen 1,75% werden in der Zukunft nicht zu halten sein.

Die Ursache für diese trüben Aussichten liegt in der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank, für die die Stabilität des Euro absoluten Vorrang hat, um Investitionen attraktiv zu machen. Trotzdem sind inflationäre Tendenzen allein wegen der gegenwärtigen Energiepolitik in Deutschland – die Energiewende verteuert alles und trifft jeden – nicht aufzuhalten. Im Gegensatz zu früheren Erfahrungen steigen die Zinsen trotz Inflation nicht. Das ist eine neue Erfahrung.

Bisher sind wir in Deutschland mit der gesetzlichen Rentenversicherung gut gefahren. Sie hat uns auch in den neuen Bundesländern die Wiedervereinigung 1990 ohne allzu große

Verwerfungen erleichtert. Den Deutschen fehlt aber die Tradition einer privaten Altersvorsorge, wie sie in anderen europäischen Ländern üblich ist.

Wer die Presse verfolgt hat, dem wird nicht entgangen sein, dass das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung schrittweise angepasst werden wird. Die 70 sind bereits anvisiert. Damit gewinnt man keine Wahlen, wie sich kürzlich in Frankreich gezeigt hat. Der neue Staatspräsident Hollande hat sein Wahlversprechen eingehalten und das erst vor drei Jahren von 60 auf 62 durch seinen Vorgänger erhöhte Renteneintrittsalter wieder rückgängig gemacht. Das kostet Milliarden und schwächt die Wirtschaft Frankreichs, aber die Franzosen sind zunächst zufrieden.

Der IWF empfiehlt unbeirrt, dass die Regierungen die Risiken einer deutlich höheren Lebenserwartung bei ihrer Finanzplanung berücksichtigen und das gesetzliche Renteneintrittsalter an die steigende Lebenserwartung anpassen. Frauen und Männern sollen zur Familiengründung ermutigt werden, indem vor allem die berufstätigen Mütter ihre Kinder in entsprechenden Kindertagesstätten, ausgestattet mit geschultem Personal, unterbringen können. Hier haben die Landesregierungen in den neuen Bundesländern in den vielen Kommunen mit ihrer Tradition einen Vorlauf geschaffen, der für die alten Bundesländer ein Ansporn sein könnte, ihren Rückstand in ihrem Betreuungsangebot aufzuholen. An der verschobenen Alterspyramide wird sich allerdings nicht viel ändern.

Neuenhagen, den 28.11.2012

Dr. Else Ackermann